0

POLNISCHE BLÄTTER

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 5., 15. und 25. jeden Monats.

Heft 90. X. BAND 25. März 1918

INHALT:

Einzelpreis 40 Pfg. — Vierteljährlich 3.50 Mk.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstrasse Nr. 28.

Die **Polnischen Blätter**

erscheinen am 5., 15. und 25. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):
vierteljährlich Mk. 3,50 — Einzelheft 40 Pfennig
Insertionspreis: 1/1 Seite 50 Mk., 1/2 Seite 25 Mk.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten an:
W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28
Fernsprecher Amt Steinplatz, Nr. 2306

Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

Nr. 90 25. März 1918

POLNISCHE BLÄTTER

Die deutsch-polnische Verständigung.

Berlin, 21. März.

Seit ungefähr zwei Wochen steht diese Verständigung wieder auf der Tagesordnung. Diesmal von polnischer Seite angeregt, von autoritativer Kraft geleitet, drängt sie sich auf als eine reife Frucht des historischen Prozesses, den wir alle durch den furchtbaren Krieg durchgelebt haben.

Lange haben wir auf diesen Augenblick gewartet, es wundert uns aber auch nicht, wenn er nicht so rasch, wie wir es sehnlichst wünschten, eingetreten ist. Die Mißverständnisse und das Mißtrauen zwischen beiden Völkern waren zu groß. Es wäre unrichtig, zu behaupten, daß diese Mißverständnisse jetzt schon gänzlich verschwunden sind; indessen gibt es noch sowohl in Warschau wie auch in Berlin Politiker, die hoch über den Wogen der althergebrachten Vorurteile und Leidenschaften stehen und tiefer in die Zukunft blicken. Sie sehen ein, daß historische Notwendigkeiten einer deutsch-polnischen Verständigung endlich ihre staatsrechtliche Formen finden müssen. Und wer das nicht einsieht, den mußte — wenn er guten Willen hat — der Vertrag von Brest-Litowsk und die Nachwirkungen der Teilung Polens durch die Abtretung von Chełm eines Besseren belehren. War letztere Tatsache für die Polen ein Blitz vom heiteren Himmel, so sehen wir doch solche Nachwirkungen, daß auch die deutsche und die österreichisch-ungarische Meinung sich betroffen fühlen und die beiden Regierungen versuchen, die für Polen so harten Seiten des Brester Vertrages abzuschwächen. In Polen hat die raison d'état die Oberhand gewonnen. Im Hintergrunde steht die Ueberzeugung, daß die Chełmer Angelegenheit kein dauerndes Hindernis für die Verständigung Polens mit den Zentralmächten sein dürfte, und zwar um so weniger, als nicht das ganze deutsche

Volk für die Fehler der Diplomaten — und es waren doch Fehler vorgekommen, wenn der Vertrag heute korrigiert werden muß — verantwortlich ist. Einzelne Bestimmungen und ganze Verträge, wie derjenige mit der Ukraina, sind vorübergehender Natur, hinter ihnen gibt es etwas Dauerhafteres und Stabileres, das sind lebendige Nationen, die, durch die geographische Lage aufeinander angewiesen, früher oder später, da die Zeit der Ausrottung ganzer Völkerschaften vorüber ist, in ein freundnachbarliches Verhältnis zueinander kommen müssen. In einem großen Teile des polnischen Volkes lebt die Ueberzeugung, daß in der deutschen Nation das Gerechtigkeitsgefühl wach ist, und daß neben ihm auch die politische Einsicht sich zur Geltung bringen wird, daß die Polen unausrottbar sind, daß es besser ist, 20 Millionen Nachbarn an der Grenze lieber zu Freunden als zu Feinden zu haben, das um so mehr, als der Friede mit der Ukraina und Rußland auf Sand geschrieben ist, der sich früher oder später in einem orkanartigen Sturm erheben kann. Diese politische Einsicht besagt auch, daß trotz allem die polnische Frage zu den großen Fragen der Weltpolitik gehört, daß sie dementsprechend in Europa und Amerika gewertet wird, und daß es besser wäre, wenn sie von den Zentralmächten im Einvernehmen mit den Polen geregelt wird, bevor ein tertius gaudens sich ihrer bemächtigt. Das sahen die Polen ein und kamen nach Berlin und nach Wien, nicht mit allgemeineen Freundschaftsbeteuerungen, sondern mit dem positiven Antrag — eines Bündnisses.

Die Polen haben den Schritt zum Bündnis mit den Zentralmächten gemacht. Nicht einzelne Persönlichkeiten sind es und nicht kleine Gruppen; unter den Antragstellern befinden sich maßgebende Parteien von sämtlichen Gesellschaftsschichten, auch der größte und bestorganisierte Bauernbund. Viele Organisationen, die noch unlängst diesem Gedanken abgeneigt waren, stehen ihm jetzt sympathisch gegenüber, manche unter dem Einfluß der Niederlage der russischen Revolution, manche aus Abneigung gegen den Bolschewismus. Es verlautet, daß die zu schaffende polnische Regierung — in Warschau besteht gegenwärtig nur ein Beamtenministerium

— entschlossen ist, aus der Verständigungsaktion das Bündnis als Richtlinie und Folgerung für ihr Wirken aufzunehmen, und der Repräsentant der höchsten Staatsgewalt im Königreich, der Regentschaftsrat, hat die ganze Verständigungsaktion gebilligt. Die Mehrheit des polnischen Volkes hat also die Hand zum Frieden und zum dauerhaften Bunde mit den Zentralmächten gereicht.

Selbstverständlich tat sie es mit Rücksicht auf die Interessen ihres Vaterlandes; wie konnte es anders sein? Unter diesen Interessen erhebt sich in erster Reihe die Frage der Unteilbarkeit des Königreichs Polen, der Unantastbarkeit seiner historischen Grenzen, die nach Möglichkeit gegen den Osten, wo Millionen Polen leben und wo mit den übrigen Völkern ein entsprechendes Vertragsverhältnis geschaffen werden dürfte, verschoben werden sollten. Es gibt kein Volk in der Welt, das die Teilung seines Vaterlandes ruhig zulassen wird, destoweniger das polnische, welches einst im Besitze eines der größten Staaten der Welt, seit anderthalb Jahrhunderten, ohne sein Verschulden, fortwährend zerstückelt und zerbröckelt wird. Die deutsche Macht ist es, die den größten Teil des Königreichs Polen und der ihm einst angehörenden Länder im Besitze hat; österreichisch-ungarische Politik ist hier weniger beteiligt, und nichts spricht dafür, daß sie Annexionsgelüste hege. Die Bedingung der Gewährleistung des Königreichs mindestens in den im Jahre 1815 geschaffenen Grenzen und die Hoffnung auf Entwicklungsmöglichkeiten gegen den Osten, das ist die Hauptgrundlage, auf der das Bündnis Polens mit den Zentralmächten begründet werden kann. Andererseits haben sich die Polen bereit erklärt, sämtliche aus dem Bündnisverhältnis hervorgehenden Pflichten zu erfüllen. Einzelheiten könnten natürlich erst in den Verhandlungen zwischen den Regierungen vereinbart werden. In Polen ist das Bewußtsein verbreitet, daß diese Pflichten nicht gering sind und mit voller Loyalität erfüllt werden müssen; andererseits soll die Sache in Deutschland nicht gering geschätzt werden. Erinnern wir uns, was für Bedeutung in dem gegenwärtigen Kriege für Deutschland solche Völker hatten, wie die Bulgaren, Schweden, Hollän-

der, Schweizer, Norweger, Rumänen usw.; die Polen sind bedeutend zahlreicher, von unversehrter Kraft, ein Zukunftsfaktor ersten Tanges.

Nun haben sie ihre Bereitschaft zum Bunde mit den Zentralmächten angemeldet. Es ist das kein momentaner Impuls, sondern ein wohlüberlegter politischer Entschluß, gefaßt nach kühler Ueberlegung, auf der Basis — wie die „Frankfurter Zeitung" sich ausdrückte — des Grundsatzes: do ut des.

Im Jahre 1790 hat der damalige polnische Staat nach der ersten Teilung und trotz derselben einen Vertrag mit dem damaligen preußischen Staate geschlossen. Die Polen wollen nun über sämtliche Enttäuschungen, sämtliche Erlebnisse hinweg zur Tagesordnung übergehen, zur positiven, schöpferischen Arbeit, an der Seite dieser Mächte, die das Land von der Gewaltherrschaft des Zarismus befreit haben, doch nicht, um es neuen Teilungen und Drangsalierungen auszusetzen.

Die Polen wollen ihre Zukunft an der Seite Mitteleuropas sichern, andererseits ihre Kraft und ihre Bedeutung als politischer Trumpf in der Weltpolitik zur Verfügung stellen. Ueber die Gestaltung der künftigen Staatsform Polens und seines engeren Verhältnisses zu einer der beiden Mittelmächte kann jetzt noch nicht gesprochen werden, weil dazu die wichtigsten Voraussetzungen fehlen. Als Bindeglied zwischen den verbündeten Mächten will Polen in den Bund eintreten, als Brücke zum engeren Verständnis und zur gemeinsamen Zukunft.

Die Polen haben ihre Hand ausgestreckt. Ein Volk zu den Nachbarvölkern. Haben in einem Augenblick einer schweren Krisis alles getan, um die Verständigung zu erzielen. Sie haben sich zu manchem Opfer bereit erklärt, um das zu retten, was in der ganzen Kulturwelt sonst eine Selbstverständlichkeit ist: ihre Entwicklungsmöglichkeit. Nun warten sie mit ruhigem Gewissen ab. Vorwürfe dürfen sie nicht treffen. In einer historischen Stunde haben sie sich auf der Höhe der Situation gezeigt, mit dem ehrlichen Willen zur Aussöhnung, zur Zusammenarbeit.

Im Deutschen Reichstage.

In den letzten Sitzungen des Reichstages, während der ersten Lesung des Friedensvertrages mit Rußland, wurde mehrmals auch die polnische Frage gestreift. Auffallend war der Ton der Abgeordneten, der Versöhnung atmete. Diplomatisch und zurückhaltend sprach der Reichskanzler. „Ein kurzes Wort über Polen — sagte er in seiner Rede vom 18. März —, das freilich im Friedensvertrage nicht ausdrücklich genannt ist. Bekanntlich ist es die Proklamation der beiden Kaiser vom 5. November 1916 gewesen, die die Selbständigkeit des Landes vor aller Welt verkündet hat. Daraus folgt, daß die nähere Ausgestaltung des neuen Staatswesens nur auf Grund gemeinsamer Verhandlungen zwischen Deutschland und der Donaumonarchie einerseits und Polen anderseits geschehen kann. Neuerdings sind aus politischen Kreisen Polens Anregungen für die Gestaltung unseres zukünftigen Verhältnisses an die Regierung und an die Mitglieder des Reichstages gelangt. Wir werden gern prüfen, ob und inwieweit sie sich mit den von den beiden Regierungen verfolgten Zielen werden vereinigen lassen, den Zielen, mit dem neuerstandenen Staate unter Sicherstellung unserer Interessen dauernd in guten nachbarlichen Beziehungen zu leben.“

Schon der erste Redner, Abg. Fehrenbach (Zentrum), unterschied sich in seinen Ausführungen wohltuend von dem Ton, der in der Debatte über den Vertrag mit der Ukraina angeschlagen wurde. Ein Irrtum ist dem Redner unterlaufen; er behauptete nämlich, die Polen hätten sich damit abgefunden, daß Wilno als Hauptstadt des separaten Litauens eine Notwendigkeit sei. Diese Nachricht ist unzutreffend. Die Polenfrage — führte Fehrenbach aus — bietet offenbar die meisten Schwierigkeiten. Aus Kundgebungen im Königreich Polen und aus Reden prominenter Polen dürfte man den Eindruck gewinnen, daß sie ehrlich und aufrichtig eine Verständigung mit uns anstreben. Eine prinzipielle Forderung unsererseits ist selbstverständlich die Anerkennung der Integrität des Deutschen Reiches. Wenn die Polen das Bekenntnis zu diesem Satz in unzweideutiger ehrlicher Weise

aussprechen, würde damit der Agitation der Boden gegen sie entzogen. Auf der anderen Seite müßten natürlich auch Annexionspläne, wenn sie jemals bestanden haben, bei uns fallen. Wir müssen auf wirtschaftlichem Gebiet ein verständnisvolles Entgegenkommen zeigen. Litauen scheint damit einverstanden, wenn südliche Teile von ihm zu Polen geschlagen werden sollen. Die Chełmer Frage wird nach den Erklärungen des österreichischen Ministerpräsidenten wohl zur Zufriedenheit der Polen gelöst werden. Es ist kein Unglück, wenn die Chełmer Frage zur Zufriedenheit der Polen gelöst wird. Austropolnische Lösung oder eine andere Lösung — wichtig ist für uns der Wille des polnischen Volkes, mit dem Deutschen Reiche in engster politischer und wirtschaftlicher Beziehung zu stehen und mit uns ein Bündnis zu schließen. Wie Rußland das Selbstbestimmungsrecht der Völker handhabt, das haben die Finnen und Ukrainer jetzt am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht des Deutschen Reiches, und als einen Prüfstein für unsere ehrliche Politik in der ganzen Welt, das Selbstbestimmungsrecht aufrichtig durchzuführen. (Sehr richtig!) Das entspricht unseren eigenen Interessen. Das sind bessere Garantien für die Zukunft, als Annexionen, die uns unauslöschlichen Haß bei den betroffenen Völkern und Mißtrauen in der ganzen Welt eintragen würden. (Sehr richtig!) Gegen Grenzregulierungen von einigen Kilometern in der Nähe von Festungen wird kein Mensch etwas einzuwenden haben, auch nicht die Sozialdemokraten. Wohl aber gegen Annexionen mit Millionen von Einwohnern.

Wenn wir mit dem ganzen Osten den Frieden geschlossen haben, wenn ein vertrauensvolles Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn besteht, dann können wir ruhig und getrost dem schweren Kampf im Westen entgegensehen.

Abg. David (Soz.): Ueberall, in Polen, Litauen und Kurland, wird die Politik der Reichsleitung von der Politik der Militärpartei durchkreuzt. Die ganze Leidensgeschichte der Polenpolitik seit dem Kaisermanifest erklärt sich aus diesem Gegensatz. Die Chełmer Frage scheint ja nun in Wien repariert zu werden. Aber der Plan der Militärpartei

geht auf eine große Annexion auf Kosten der Polen an ihrer Westgrenze, angeblich im Namen der militärischen Sicherung. Aber eine militärische Sicherung, die zu einer dauernden politischen Verfeindung mit dem Nachbarvolk führt, ist ein Spott auf eine militärische Sicherung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stresemann (Nat.-lib.) führte aus: Es sind gestern den Polen freundliche Worte gewidmet worden. Es gibt niemanden in Deutschland, der nicht den Wunsch hätte, mit Polen in ein freundliches Verhältnis zu kommen. Nur die Hoffnung, daß dieser Wunsch erfüllt werden wird, scheint mir nach den letzten Erklärungen, die wir von polnischer Seite in Deutschland und anderswo gehört haben, sehr unsicher. Ich bin sehr verwundert, namentlich über die Erklärungen von polnischer Seite, die darin gipfelten, daß man in Polen das deutsche Volk in seiner Gesamtheit nicht für den Friedensschluß in Brest-Litowsk verantwortlich machen solle. Die Sache liegt doch so, daß nicht hier Angriffe auf Polen erfolgt sind, sondern daß von Polen auf die bestehenden Grenzen unseres Gebietes Aspirationen erhoben worden sind. Als der Weltkrieg ausbrach, haben sich wohl alle Kreise der Hoffnung hingegeben, daß ein Neben- und Miteinanderwirken zwischen uns und den Polen möglich sein werde. Aber angesichts der agressiven Tendenzen, die uns gegenüber jetzt von polnischer Seite kundgegeben werden, kann diese Hoffnung nicht weiter geteilt werden. Es ist nicht das gleiche, wenn Polen bereit ist, den Status quo in bezug auf Deutschland anzuerkennen, wie wenn wir bereit sind, den Status quo gegenüber Polen anzuerkennen.

Wir können nicht dulden, daß in den künftigen Friedensbesprechungen eine internationale Auseinandersetzung über das Schicksal von Elsaß-Lothringen oder unsere Ostseeprovinzen stattfindet. So stehen die Dinge noch nicht, daß durch Beschlüsse unserer Gegner bestimmt werden könne, ob West- oder Ostpreußen noch zu Deutschland gehören sollen oder nicht. Andererseits möchte ich hier wieder betonen, daß wir kein politisches Bedürfnis haben können, unsere Grenzen weiter vorzuschieben. Je weniger Polen etwa neu

zu uns hinzukommen, desto besser für uns. Aber wenn unsere Heerführer uns erklären, daß unsere heutigen Grenzen uns ungünstig seien und daß sie eine andere Regelung aus strategischen Rücksichten verlangen müssen, so würden auch wir unsererseits unsere weiteren Bedenken gegen einen Zuwachs an polnischer Bevölkerung für Deutschland und Preußen geringer einschätzen als die Frage der Sicherung unserer eigenen Existenz.

Wir dürfen doch nicht vergessen, daß nur durch ein Wunder Gottes der russische Anprall gegen uns im Sommer und Herbst 1914 abgewehrt werden konnte. Nicht immer können wir darauf hoffen und rechnen, daß wir solche Heerführer wie Hindenburg haben werden. Darum glaube ich nicht, daß die heutige Reichsleitung die Verantwortung übernehmen würde, Bedenken zu hegen gegen eine Hinausschiebung unserer Grenzen im Osten, wenn die Oberste Heeresleitung diese Hinausschiebung für notwendig hält. Ich glaube auch nicht, daß diese Verschiebung der Grenzen durch militärische Abmachungen gesichert werden könnte.

Abg. Naumann (Vp.): Auch bei den Polen brauchen wir den Willen zur Ueberleitung. Die Polen auf deutschem Boden müssen ebenso treu zum Staate stehen, wie die Deutschen in Oesterreich und in der Schweiz. Wenn keine Verständigung erfolgt, dann kann der größte General nicht darüber hinweghelfen, daß Polen eine offene Wunde ist. Ein schlechter Friede kann ein Elend ohnegleichen sein. Er kann eine Balkanisierung der ganzen Zwischenschicht bringen.

Abg. Fürst Radziwiłł (Pole): Meine Herren, die Stellungnahme meiner Fraktion zu dem vorliegenden Friedensvertrage zwischen den Mittelmächten einerseits und Rußland andererseits mußte unter dem Eindruck des schwerwiegenden Umstandes stehen, daß bei der Festlegung eines die nationalen Interessen des polnischen Volkes tief berührenden Aktes Vertreter unseres Volkes und des polnischen Staates nicht zugezogen worden sind, wie dies leider auch bei dem Friedensschluß mit der Ukraina der Fall gewesen war. Wir wollten uns daher zu dem heute vorliegenden Friedensakte vorläufig nicht auslassen. Auf die entgegenkommenden Worte

aber, welche gestern der Herr Reichskanzler wie auch der Herr Kollege Fehrenbach in der Richtung des polnischen Volkes ausgesprochen haben, möchte ich auch im Namen meiner Landleute folgendes erwidern.

Von jeher waren auch wir der Ansicht, daß das polnische Volk ein vitales Interesse daran habe, ein ehrliches dauerndes Einvernehmen mit dem deutschen Volke herbeizuführen. Wir müssen eine besondere Genugtuung darüber ausdrücken, daß die gleiche Ueberzeugung nach den letzten Ereignissen das Gemeingut des deutschen Volkes zu werden scheint. Das freundnachbarliche Verhältnis beider Nationen wird zwei Voraussetzungen haben: zunächst ein gegenseitiges wohlwollendes Verhalten in allen denjenigen Fragen, welche lediglich die Interessen der Gegenpartei, dagegen keine eigenen berühren; ferner eine billige Ausgleichung der Gegensätze, soweit irgendwelche widerstreitenden Interessen in Frage kommen.

Wir wollen nicht verkennen, daß namentlich die letztere Vorbedingung oftmals manche Schwierigkeiten darbieten dürfte. Wir hoffen aber auf ein glückliches Resultat des neuen Gedankens bei gegenseitigem guten Willen. An diesem guten Willen soll es unsererseits nicht fehlen. (Lebhaftes Bravo bei den Polen, im Zentrum und bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

* * *

Sitzung vom 22. März 1918.

Zweite Lesung der Friedensverträge mit Russland und Finnland.

Hierzu liegt eine Resolution der Mehrheitsparteien vor, worin erwartet wird, daß dem Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland Rechnung getragen wird, daß sofort Schritte getan werden, um den staatlichen Ausbau mit einheimischer Zivilverwaltung in die Wege zu leiten, daß die bisherigen Volksvertretungen auf eine breite Grundlage gestellt werden, daß die von den bisherigen Volksvertretungen mit dem Deutschen Reich gewünschten Vereinbarungen tunlichst bald abgeschlossen werden.

Abg. Gröber (Z.): Der zwischen den Mehrheitsparteien vereinbarten Resolution, betreffend das Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland, stimmen wir selbstverständlich zu, vor allen Dingen im Hinblick auf Litauen. Was Polen anbelangt, so scheint ja Aussicht auf eine befriedigende Lösung der Chelmer

Frage zu bestehen. Aber darüber hinaus muß verlangt werden, daß endlich mal jede unglückselige Gesetzgebung und Verwaltung aufhört, die von dem schärfstein Mißtrauen gegen die polnische Bevölkerung getragen wird und die sich dann auch noch wundert, daß die Polen kein Vertrauen zu unserer Verwaltung haben. Warum besteht das gehässige Enteignungsgesetz noch fort, das doch niemals eine praktische, sondern nur eine theoretische Bedeutung gehabt hat, warum entschließt man sich in der Frage des Religionsunterrichts in der Muttersprache nicht, den Wünschen der Bevölkerung entgegenzukommen? Wenn erst diese Ausnahmegesetzgebung beseitigt ist, dann wird man von den Polen auch mit Recht verlangen können, daß sie sich als treue Angehörige des deutschen Staates fühlen, und ich zweifle nicht, daß sie das auch tun werden. (Beifall und lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer: Was Polen anlangt, so haben neuerdings breite und angesehene Kreise dieses Landes begonnen, an der künftigen Gestaltung dieses Landes mitzuwirken, und die Reichsleitung begrüßt jede Tätigkeit, die sich in der Richtung bewegt, unter Sicherstellung der eigenen Interessen dauernde freundnachbarliche Beziehungen zu dem neuerstandenen Staate herzustellen. Auch das Verlangen der Einführung einer heimischen Zivilverwaltung in diesem durch den Krieg schwer betroffenen Staate erscheint der Reichsleitung als ein berechtigtes Streben, und sie bezweifelt nicht, daß es bei beiderseitigem guten Willen möglich ist, die noch im Wege stehenden Schwierigkeiten zu beseitigen.

Der Vertrag wird, auch mit Stimmen der Polen, angenommen.

Die historische „Wahrheit“ des Herrn Prof. Schiemann.

In Nr. 7 der Zeitschrift „Das neue Litauen“ veröffentlicht der Professor der Berliner Universität, Geheimrat Teodor Schiemann, einen Aufsatz: „Der Unionsreichstag in Lublin“, der der Geschichte der polnisch-litauischen Union gewidmet ist. Prof. Schiemann beginnt mit dem Tage des 4. März 1386, an dem der litauische Großfürst Jagiełło sich die polnische Krone auf sein Haupt gesetzt hat; nach Prof. Schiemann beginnt von da: „die systematisch verfolgte Entnationalisierung des litauischen Adels“. Die Geschichte der Union behandelnd, entnimmt er ihr nur einige Momente, die seine Behauptungen stützen sollen.

Man kann während dieses Krieges in den Tageszeitungen und Broschüren den verschiedenartigsten Behauptungen über Polen und Litauen begegnen, die offenbar mit der Naivität solcher Leser rechnen, denen die Geschichte und die gegenwärtigen tatsächlichen Verhältnisse unbekannt sind. Man sieht — mundus vult decipi. Aber es ist wirklich der erste Fall, daß ein Universitätsprofessor einen derartigen Aufsatz veröffentlicht, wie der oben erwähnte. Der ganze Artikel wimmelt nicht allein von an den Haaren herbeigezogenen Schlüssen, sondern direkt von historischen Fälschungen. Die Frage drängt sich auf: womit haben wir es hier zu tun? — Mit der Unwissenheit eines Universitätsprofessors, dem die elementarsten Tatsachen der Materie, über die er liest, unbekannt sind — Geheimrat Schiemann gilt in Deutschland als Spezialist für osteuropäische Geschichte — oder mit einer bewußten Fälschung der Geschichte. Denn — tertium non datur.

Wenn ich solche Vorwürfe erhebe, so muß ich sie natürlich beweisen und stützen. Das geschieht durch die nachstehenden Ausführungen.

Von den Ereignissen des Jahres 1386 geht Professor Schiemann unvermittelt zu dem Kongreß von Horodło im Jahre 1413 über, er sieht von den für das Verhältnis Litauens zu Polen so wichtigen Vorfällen gegen Ende des XIV. Jahrhunderts und sogar von der Union im Jahre 1401, der ersten zwischen Litauen und Polen, ab. Aber diese Weglassung ist nicht so wichtig. Wir lesen, was Prof. Schiemann über die Union zu Horodło schreibt: „Im Oktober 1412 trat zu Horodło am Bug ein Parlament litauischer und polnischer Großer zusammen und beschloß, ohne König Wladislaw und Witold, den Großfürsten von Litauen, mit heranzuziehen, Litauen dem polnischen Staate einzuverleiben.“

Für Prof. Schiemann existiert die Literatur, die das staatsrechtliche Verhältnis Litauens zu Polen, wie ich glaube, schon genügend aufgeklärt hat, gar nicht; er kennt nicht die Arbeiten von Prof. Anatol Lewicki, von Prof. Oswald Balzer sowie des Unterzeichneten, die einhellig erklären, daß zwar

Jagiełło ursprünglich die Absicht hatte, Litauen Polen einzuverleiben, daß aber später diese Absicht einer Revision unterzogen wurde, und daß an die Stelle der Einverleibung der Grundsatz der Union trat, der zum ersten Male im Jahre 1401 angenommen und dann im Jahre 1413 in Horodło und hierauf durch die Unionsakten von 1432—1434 bestätigt wurde. Nicht unwesentlich ist es auch, daß Lewicki seine Ausführungen in deutscher Sprache veröffentlicht hat in seiner Abhandlung „Ueber das staatsrechtliche Verhältnis Litauens zu Polen unter Jagiełło und Witold" (Altpreußische Monatsschrift, Heft 31, Königsberg, 1894), und daß ferner Prof. Schiemann auch meine Ausführungen über die Union von Horodło im Auszug hat lesen können in meiner Geschichte der Verfassung Polens (Berlin 1912, Seite 103).

Aber für Prof. Schiemann ist die Literatur über diesen Gegenstand nicht vorhanden, und auch die Quellen existieren für ihn nicht. Bei ihm hat der Kongreß von Horodło die „Einverleibung" Litauens ohne Beteiligung Jagiełłos und Witolds beschlossen. Also Herrn Prof. Schiemann ist es nicht bekannt, daß beide in Horodło anwesend waren, er weiß nicht, daß sie dort gemeinsam jenes große Dokument veröffentlicht haben, in dem das Verhältnis Litauens zu Polen reguliert wurde. Und dieses Dokument wurde in zwei Exemplaren aufgesetzt, die sich beide bis auf die heutigen Tage erhalten haben; das eine befindet sich im Museum der Fürsten Czartoryski in Krakau, das andere im Archiv der Fürsten Radziwiłł in Nieśwież. Im Druck wurde dieses Dokument schon im Jahre 1506 veröffentlicht in dem sogenannten Statut von Laski (Commone inclyti Regni Poloniae privilegium, Krakau 1506), sodann im I. Band der volumina legum (Warschau 1732, Seite 66 und folgende), ferner in Dumonts: Corps universel diplomatique, Band II, und schließlich in Działyńskis Sammlung der litauischen Gesetze, Seite 7.

Also — Unwissenheit oder bewußte Verheimlichung?

Aber das ist noch nicht alles. Wir lesen weiter: „Auch die polonisierenden Privilegien von 1501 waren ohne ihre Zustimmung (d. h. der Litauer) oktroyiert worden." Der

Historiker fragt: — welche Privilegien? Gar keine Privilegien wurden im Jahre 1501 zugunsten Litauens beschlossen. Es handelt sich wohl um die Akte der sogenannten Union von Mielniki. Kann der Historiker und Universitätsprofessor denn ein Privilegium von dem — Akt der Union nicht unterscheiden? Und wer hat diese Akte denn — oktroyiert?

Der König von Polen, der — nicht da war? Denn dieser Vertrag kam zustande nach dem Tode des Königs Jan Olbracht und vor der Wahl der litauischen Großfürsten Alexander zum König von Polen. Der Vertrag wegen dieser Union wurde in Piotrków geschlossen zwischen dem polnischen Landtag und 5 Abgeordneten aus Litauen, die sich legitimiert hatten: 1. durch die Vollmacht des Großfürsten, 2. durch die Vollmacht des großfürstlichen litauischen Rates; die zweite Vollmacht enthielt 26 Siegel der höchsten Würdenträger und litauischer Bojaren. Beide Akte werden im Original aufbewahrt im Museum der Fürsten Czartoryski in Krakau, in der Abteilung für Pergamentdokumente, Nr. 665 und 666. Später erst hat der Großfürst Alexander diesen Vertrag in Mielniki bestätigt, woher auch sein Name stammt; in dem Dokument von Mielniki, das seit langem gedruckt vorliegt, haben die Union auch die damals beim König weilenden litauischen Würdenträger und Bojaren bestätigt, nämlich: der Bischof von Wilno, Albert, der Kastellan von Wilno, Aleksander Jurjowicz, der Wojewode von Troki und Marschall, Jan Zabrzeziński, der Fürst Michał Gliński, Hofmarschall usw. usw. Noch nicht im Druck veröffentlicht ist ein etwas späteres Dokument, in dem zusätzlich 27 litauische Bojaren noch besonders die Union bestätigt haben. (Hauptarchiv in Warschau, Metryka Koronna, Band 17, Seite 314.)

Also — ist die Union gegen den Willen Litauens oktroyiert worden?

Wir gehen dann weiter. Nach Prof. Schiemann hat der König Siegmund August im Jahre 1564, nach Entfernung der Litauer aus dem Landtage, eine Erklärung beschlossen, daß Polen und Litauen einen Staat und ein Volk bilden sollen. Wieso denn? Wozu wurde dann später in Lublin im Jahre

1569 die Union geschlossen? Im Jahre 1564 hat der König Siegmund August tatsächlich eine Erklärung beschlossen, nur war ihr Inhalt ganz anders: der König verzichtete darin auf seine und seiner Angehörigen Erbrechte, die ihm auf Litauen zustanden. Weiter nichts. Also dieser Akt hat über das Verhältnis Litauens zur Krone nichts festgesetzt — Prof. Schiemann hat seinen Inhalt gefälscht.

Diese „historischen Ausführungen" werden abgeschlossen durch eine Beschreibung der Vorgänge auf dem Reichstag zu Lublin im Jahre 1569, wo — nach Prof. Schiemann — sich Siegmund August mit den Polen vereinigt hat, um „die Litauer zu betrügen und zu überrumpeln". Wenn es sich um Betrügereien der Könige handelt, so würde Prof. Schiemann besser fahren, wenn er die Beweise hierfür in der Geschichte irgendeines anderen Volkes sucht, die ihm sicherlich in dieser Hinsicht etwas mehr Material an die Hand geben wird. Prof. Schiemann will nichts davon wissen, was die geschichtlichen Untersuchungen über jeden Zweifel erwiesen haben — besonders die neuesten Arbeiten des Dozenten Dr. Oskar Halecki — daß der Union in Litauen nur die Magnaten widersprachen, mit den Radziwiłłs an der Spitze, weil sie ihre überragende Position in Litauen zu verlieren fürchteten; zur Union drängte der ganze litauische Adel, der schon im Jahre 1562, in Witebsk zu einer kriegerischen Expedition versammelt, den litauischen Ländern direkt drohte, wenn sie der Union Schwierigkeiten bereiten sollten. Die Union sei nach Prof. Schiemann zustande gekommen, „ohne daß die Litauer irgendwelche Zugeständnisse erhalten hätten". Die Grundlagen der Vereinigung Polens mit Litauen durch die Lubliner Union bestanden darin, daß beide Staaten einen gemeinsamen König haben, der gemeinsam gewählt werden sollte, und daß dem gemeinsamen Reichstag die Gesetzgebung zustehen sollte, wobei, in Anbetracht des Grundsatzes der Einstimmigkeit, der bei der Abstimmung im Reichstage galt, von einer Ueberstimmung der Litauer keine Rede sein konnte.

Und Litauen hat seine Besonderheit im Verwaltungs- und Gerichtswesen, sowie seine Privilegien behalten, eine

Besonderheit, die in der Beibehaltung der eigenen obersten Behörden (Minister), der eigenen Schatzverwaltung, des eigenen Heeres, das den besonderen litauischen Hetmanen unterstand, und der eigenen obersten Gerichte zum Ausdruck kam. Litauen wollte keine engere Vereinigung mit Polen, und Polen ist darauf eingegangen und hat alle Forderungen Litauens angenommen. Nach Prof. Schiemann heißt das, daß Litauen keine „Zugeständnisse" zuerkannt wurden. Prof. Schiemann gibt zwar zu, daß der ganze litauische Landtag die Union beschworen hat, aber er ist empört, denn „das litauische Volk ist weder befragt worden, noch hat es die Union beschworen". Vielleicht wird Herr Prof. Schiemann die Güte haben und angeben, welcher Staat im XVI. Jahrhundert seine Bauernbevölkerung um Einwilligung zu Staatsverträgen befragt hat. Hat das damals Frankreich oder England getan oder tat das zwei Jahrhunderte später, im XVIII. Jahrhundert, Preußen, als es Teile Polens nahm? Hat es die polnischen Bauern oder wenigstens den Adel gefragt?

Was war also jene Union Litauens mit Polen? Nach den Grundlagen des Völkerrechts doch — eine Personalunion bis 1569, eine Realunion nach diesem Zeitpunkt. Also auch nach dem Jahre 1569 war Litauen ein selbständiger Staat, gleichberechtigt mit dem polnischen Kronenland, um so mehr also früher. War es denn für Litauen ein Unglück, daß das vermögendere Polen als Kompensation für die Union es im XV. Jahrhundert von der Ausrottung durch den Deutschen Orden und in späteren Zeiten von der Zerdrückung durch Moskau errettet hat? Prof. Schiemann redet viel von den Tränen, die in Lublin die litauischen Magnaten vergossen haben, bedauert, daß die Union zustande gekommen war, aber er vermag es nicht klar zu machen, daß diese Magnaten nur über — sich selbst weinten, über ihre überragende Position, die sie nicht verlieren wollten, während die Gesamtheit des Adels, diese an Zahl reiche Schicht von Bojaren, der einzige Faktor, mit dem man politisch rechnete, diese Union herbeisehnte.

Aber für Prof. Schiemann handelt es sich um etwas

anderes; er will den Litauern zeigen, wie gut sie es haben werden „ohne Union mit Polen, unter dem mächtigen Schutz des Deutschen Reiches“.

Und ein „Gelehrter“, der so die historische Wahrheit liebt, sich durch solcherart Sachkenntnis auszeichnet, ist Professor — der Berliner Universität.

Stanisław Kutrzeba.

Die Revision der Chelmer Frage.

Amtlich wird gemeldet:

Am 4. März l. J. wurde in Brest-Litowsk von den zum Abschlüß der Friedensverhandlungen mit Rußland dahin entsandten Bevollmächtigten der Vierbundsmächte einerseits und den Delegierten der Ukrainischen Volksrepublik andererseits das bereits im österreichischen Abgeordnetenhause angekündigte Protokoll über die polnisch-ukrainische Grenze unterzeichnet, welches lautet wie folgt:

„Da Zweifel über die Auslegung des Punktes 2, Artikels 2 des am 9. Februar in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik geschlossenen Friedensvertrages entstanden sind, haben die Regierungen der genannten Mächte beschlossen, diese Zweifel durch eine ergänzende Erklärung zu beseitigen, und haben ihre zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsandten Bevollmächtigten (folgt die Aufzählung der Bevollmächtigten) beauftragt, nachstehendes zu erklären:

Zur Vermeidung von Mißverständnissen bei Auslegung des Punktes 2 des Artikels 2 des am 9. Februar 1918 in Brest-Litowsk zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volksrepublik andererseits geschlossenen Friedensvertrages wird festgestellt, daß die im zweiten Absatz dieser Vertragsbestimmung vorgesehene gemischte Kommission bei Festsetzung der Grenze nicht gebunden ist, die Grenzlinie durch die Orte Bilgoraj, Szczebrzeszyn, Krasnostaw, Pugaszow, Radin, Meshiretschie, Sarnaki zu legen, sondern das Recht besitzt, auf

Grund des Artikels 2 Punkt 2 dieses Friedensvertrages, die sich aus den ethnographischen Verhältnissen und Wünschen der Bevölkerung ergebende Grenze auch östlich der Linie Bilgoraj, Szczebrzeszyn, Krasnostaw, Pugaszow, Radin, Meshiretschie, Sarnaki zu führen. Die erwähnte gemischte Kommission wird aus Vertretern Polens gebildet werden, und es wird jede dieser Parteien die gleiche Anzahl von Delegierten zur Kommission entsenden. Die vertragschließenden Teile werden einverständlich bestimmen, in welchem Zeitpunkte diese Kommission zusammentreten wird.

Ausgefertigt in fünffacher Urschrift in Brest-Litowsk am 4. März 1918.

In obiger Meldung werden die Polen schwerlich ein Zugeständnis von prinzipieller Bedeutung erblicken. Nachdem durch die Teilung Polens viel Schaden angerichtet wurde, wird jetzt mit etwas größerem Nachdruck das ethnographische Prinzip und die Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung betont.

Indessen sind schon jetzt Bestrebungen im Gange, die Arbeiten der kommenden Kommission zu beeinflussen. Unter dem Titel: „Ein Rückzug vor polnischen Forderungen“ schreibt die „Post“:

„Wir werden also demnächst eine polnische Abordnung in der gemischten Grenzkommission ihr Wesen treiben sehen und können uns jetzt schon ausmalen, wie energisch die ganze öffentliche Meinung Polens in die Bresche springen wird, die unter Mitwirkung der deutschen Regierung in den Brest-Litowsker Friedensvertrag geschlagen worden ist. In jeder Beziehung ist dieses Zurückweichen vor den polnischen Forderungen zu bedauern. Erstens einmal kann das nachträgliche ukrainische Zugeständnis in der Chelmer Grenzfrage nur durch einen gewissen Druck der Mittelmächte erreicht worden sein, — durch einen Druck, der sicherlich von den uns freundlich gesinnten ukrainischen Elementen übel vermerkt worden ist und die Zukunft der deutsch-ukrainischen Beziehungen, die für uns viel wichtiger sind, als die deutsch-polnischen, sehr empfindlich gefährden kann; zweitens versetzt die bloße Tatsache des deutschen Nachgebens vor polnischen Drohungen dem deutschen Ansehen in Polen überhaupt einen peinlichen Stoß; man fordert ja die Polen geradezu heraus, auch in anderen Punkten vorlaut zu werden! Und drittens entspricht es in keiner Weise unseren Interessen, das künftige polnische Königreich nach

allen möglichen Richtungen hin stark zu machen. Glücklicherweise gibt es für die deutsche Regierung noch immer eine Möglichkeit, ihren dreifachen Fehler wenigstens zum Teil wieder auszugleichen; sie muß nachdrücklich darauf hinwirken, daß die ukrainischen und vierverbändlerischen Abordnungen in der Grenzkommission geschlossene Front gegen ihre polnischen Kollegen machen und die sachlichen deutsch-ukrainischen Gemeinsamkeitsinteressen den polnischen Sonderwünschen durchaus voranstellen. Zur Not bleibt immer das Mittel der Ueberstimmung. Man darf sich hier keineswegs an den voraussichtlichen Lärm der polnischen öffentlichen Meinung kehren; so oder so, die Polen sind immer unzufrieden. Wenn wir zwischen ukrainischen und polnischen Wünschen zu entscheiden haben, so ist jedenfalls kein Zweifel, daß uns die ersteren näher stehen.“

Daß die Kommission sich von rein sachlichen Motiven leiten lassen könnte — dieser Gedanke kommt der „Post“ nicht in den Kopf.

Vorläufig verbleibt noch das Chełmer Gebiet Bestandteil des Königreichs Polen.

Das k. und k. Telegr.-Korrespondenzbüro in Wien berichtet am 15. März aus Lublin: Eine Zeitung hat die Nachricht gebracht, daß in Kürze der von der ukrainischen Rada entsandte ukrainische Kommissar nach hierher kommen soll, um die Verwaltung des Chełmer Landes zu übernehmen. Nach amtlicher Feststellung ist hier von einem solchen ukrainischen Kommissar nichts bekannt. Die Frage des Chełmer Landes ist als offen zu betrachten, und dieses Land ist als weiter zu Polen gehörend zu betrachten; von irgendwelchen Aenderungen in der bisherigen Verwaltung des Chełmer Landes durch die k. und k. Militärbehörden kann jetzt gar keine Rede sein.

Zur Vorgeschichte der Beschlüsse in der Chełmer Angelegenheit bringt das Wiener k. und k. Telegr.-Korrespondenzbüro am 17. März folgende Meldung:

Der „Bayerische Kurier“ brachte kürzlich eine Nachricht, wonach der Minister des Aeußern Graf Czernin die Verhandlungen betreffend die Grenzführung zwischen Polen und der Ukraina im Chełmer Gouvernement mit den ukrainischen Delegierten allein in seinem eigenen verschlossenen Zimmer in Brest-Litowsk geführt habe. Diese Nachricht wurde am

13. März vom „Kurier Warszawski" übernommen. Wie die Polnische Preßagentur von unterrichteter Seite erfährt, ist diese Meldung durchaus falsch. Die Verhandlungen mit den ukrainischen Delegierten über die Grenzfragen, insbesondere auch über die Grenzführung im Chełmer Gouvernement, wurden in wiederholten Sitzungen der österreichisch-ungarisch-deutsch-ukrainischen politischen Kommissionen und in Besprechung mit den ukrainischen Delegierten stets in Anwesenheit der deutschen Kommissionsmitglieder geführt. Alle gegenteiligen Nachrichten stellen sich als Erfindungen dar.

Graf Andrassy und Polen.

Graf Julius Andrassy, dessen Name in dem gegenwärtigen Kriege nicht allein in der Presse der Zentralmächte, sondern auch im Auslande bekannt geworden ist, hat schon seit Beginn des Krieges seine Aufmerksamkeit der polnischen Frage zugewandt. Graf Andrassy hat Polen gegenüber stets eine sehr wohlwollende und ehrlich freundschaftliche Haltung eingenommen. Man kann zwar sagen, daß die ungarische Nation, die ihr eigenes Interesse in der Entstehung eines starken polnischen Staates sah, in dieser Richtung auch eine kräftige Agitation entfaltet hat und daß sowohl die ungarische Presse wie der ungarische Reichsrat wiederholt sich mit der polnischen Frage beschäftigt und die polnischen nationalen Bestrebungen wohlwollend unterstützt haben, aber Graf Andrassy war der erste, der öffentlich mit einer konkreten Formel für die Lösung der polnischen Frage durch Vereinigung mit der Habsburger Dynastie aufgetreten ist und dadurch wesentlich dazu beigetragen hat, daß die polnische Frage auf die Höhe der internationalen Probleme erhoben wurde.

Und auch in den letzten schweren Tagen nach dem Vertrage von Brest, in dem die Abtrennung des Chełmer Landes beschlossen wurde, als die Polen scheinbar ganz vereinsamt standen, hat die Freundschaft dieses Staatsmannes standgehalten.

Graf Andrassy hat vor kurzem in der „Neuen Freien Presse" einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er den Frieden

im Osten behandelte und unter anderem auch die polnische Frage berührte und ihre große Wichtigkeit unterstrich; in weiterer Folge tritt er für die austro-polnische Lösung ein, also für die Vereinigung Galiziens mit dem Königreiche unter dem Szepter der Habsburger. Er tritt ferner für die Unantastbarkeit des Kongreß-Königreiches ein, also gegen die Abtrennung des Chełmer Landes; die Buglinie müßte zum mindesten die Ostgrenze Polens bilden, wobei Graf Andrassy weiter nachweist, daß das Interesse Oesterreich-Ungarns hier sich mit dem Interesse Polens deckt.

Die Stimme des Grafen Andrassy hat deshalb auch bei der polnischen Gesellschaft und in den politischen polnischen Kreisen, die sich gegenwärtig in so schwierigen Verhältnissen befinden, großes Aufsehen erregt.

So gehen dem Grafen Andrassy auch von allen polnischen Seiten Dankschreiben und Anerkennungsäußerungen zu. Sie vermehren sich von Tag zu Tag, und auch ganze Korporationen schließen sich dem an. Der Regentschaftsrat hat an den Grafen Andrassy ein spezielles Dankschreiben gerichtet. Das Präsidium des Wiener Polenklubs, die Gemeinderäte mehrerer Städte sprechen ihm ihren Dank aus. Dadurch wird der Schritt des Grafen Andrassy nicht allein unterstrichen, sondern die polnischen Faktoren demonstrieren auch ihren Protest gegen die Abtrennung des Chełmer Landes. Die polnischen Adressen an den Grafen Andrassy sind nicht allein ein Ausdruck der Dankbarkeit der polnischen Nation, sondern es kommt ihnen auch politische Bedeutung zu. Unter anderen sandte das Mitglied des ehemaligen Provisorischen Staatsrates, Herr Viktor Sokołowski, nachstehendes Telegramm an den Grafen Andrassy:

„Namens eines ganzen Kreises der Bürgerschaft des Landes Piotrków (im Königreich Polen) beehre ich mich Ihnen den Dank zu übermitteln für das ehrliche und uneigennützige Eintreten während des ganzen Krieges für die polnischen Interessen, wodurch Sie sich als würdiger Nachfolger der Politik Ihres großen Vaters gezeigt haben.

Mit besonderer Dankbarkeit hat das polnische Volk Ihre letzte Erklärung aufgenommen, in der Sie den Mut hatten,

in einer für unsere Nation so schwierigen Zeit für uns einzutreten, uns vor dem uns zugefügten Unrecht zu verteidigen und unsere Rechte zu dem Chełmer Lande, das man uns entreißen will, anzumelden. Durch dieses Auftreten haben Sie die brüderlichen Bande, die im Jahre 1848—49 zwischen beiden Völkern geknüpft wurden, und die für meine Familie durch nahe Verwandtschaft mit dem General Dembiński besonders wertvoll sind, enger geknüpft.

Es lebe Ungarn!"

Brief aus Chelm.

Am 8. Juni 1916 wurde die Verordnung des Oberkommandierenden der Armee publiziert, nach der die Kreise: Chełm, Hrubieszow, Tomaszow mit dem übrigen Teil des Kongreß-Königreiches in eine Verwaltungseinheit verbunden wurden, die unter der Regierung der österreichisch-ungarischen Okkupationsbehörden verblieb. Auf diese Weise haben die höchsten Okkupationsbehörden die der polnischen Nation durch zarische Willkür und Regierung zugefügten Gewalttat und Unrecht durchgestrichen, und, wie das amtliche K. u. K. Korrespondenzbüro des Hauptquartiers berichtet hatte, „einem Herzenswunsche des polnischen Volkes wurde Genüge getan".

Damals handelte es sich nicht darum, aus Polen Getreide herauszuschaffen oder die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker im Entstehen zu entstellen, noch darum, im Osten nationalen Konfliktstoff anzuhäufen; im Gegenteil, diese Tatsache ergab sich vor allem aus der motivierten Ueberzeugung, daß diese Länder tatsächlich polnisch sind, daß ein normales Funktionieren der Verwaltung gegen das Polentum hier nicht möglich ist, schließlich war diese Tatsache auch aus dem Willen geboren, in den polnischen Geistern die Objektivität der K. und K. Verwaltung denjenigen Verwaltungen gegenüberzustellen, die auf jeden Schritt die nationalen Rechte der Polen vergewaltigten, vor allem aber dem zarischen Rußland, das durch die widerrechtliche Abtrennung des Chełmer Landes, die durch die ganze zivilisierte Welt verurteilt wurde, den beide Völker trennenden Abgrund vertieft hatte.

Die polnische Bewegung in diesen Ländern seit ihrer Okkupierung trat nicht nur als religiöse Bewegung hervor. Sie hatte mehr sozialpolitischen Charakter. Aus eigenem Antrieb, ohne Unterstützung durch die Behörden, bedeckte sich der ganze Kreis Chełm mit einem Netz polnischer Schulen schon während der ersten Jahre der Okkupationsverwaltung; der Umstand muß in Erstaunen setzen, daß der polnische Bauer, der hier in den östlichen Kreisen besonders stark unter dem Kriege gelitten hat, und der von der russischen Regierung absichtlich in Unwissenheit gehalten wurde, willig ziemlich bedeutende Summen für die polnische Schule zahlte. Von den Bauern wurde angeregt, die im vergangenen Jahrhundert von der russischen Regierung mit Gewalt weggenommenen und in orthodoxe Tempel verwandelten römisch-katholischen Kirchen wieder in den früheren Zustand zu versetzen, allerdings bisher noch ohne Resultat. Wie in Nr. 45 der Zeitung „Głos Ziemi Chełmskiej“ (Die Stimme des Chełmer Landes) berichtet wurde, haben die Bauern der zunächst Chełm gelegenen Ortschaften eine 1173 Unterschriften tragende Petition eingereicht, in der die Wiederherstellung dieser Kirchen gefordert wird.

Auch an allen nationalen Festlichkeiten, den Feiern des 3. Mai, an allen sozialen und politischen Angelegenheiten, die das Los des polnischen Volkes betreffen, nimmt die Chełmer Bauernschaft hervorragenden Anteil. Im vergangenen Jahre wurden infolge Anregung aus den Kreisen der Bauernschaft zum Andenken an die Maifestlichkeiten Gedenkkreuze errichtet, und an den Manifestationen in Rojowiec, Siedliszcze, Olchowiec, Sawin, Bukowa, Swierze, Wojslawice, Kumow nahm eine nach Tausenden zählende Volksmenge teil.

Im Februar vorigen Jahres wurde in Chełm das „Komitee für den Nationalschatz des Staatsrates“ gegründet, und hier wurden, von der Opferwilligkeit der gebildeten Schichten ganz zu schweigen, sehr bedeutende Beträge von der Chełmer Bauernschaft hergegeben, die dadurch ihren Willen nach Zugehörigkeit zu dem polnischen Staate, ihre Opferwilligkeit für das Wohl dieses Staates gewissermaßen manifestieren wollte.

Ukrainische Schulen konnten genau so wie die polnischen von dem Beginn der Okkupation des Landes an entstehen, ohne jede Beschränkungen. Aber weder hier, auf dem Gebiete der Kreise: Chełm, Hrubieszow und Tomaszow, noch überhaupt in ganz Wolynien, ist diese Bewegung als organisierte Kraft hervorgetreten. Die polnischen Schulen dagegen sind zu nationalen Herden geworden, und so hat sie der Tag des 9. November vorgefunden. Die Lehrerschaft des Tomaszower Kreises stellte sich in geschlossenen Reihen neben ihren Schulinspektor und schwur angesichts der ganzen polnischen Nation, daß sie die polnischen Schulen und die polnischen Kinder verteidigen und den anvertrauten Posten nicht verlassen wird.

Der 4. März war ein nationaler Festtag in allen Schulen des Tomaszower Bezirkes. Nach dem Bittgottesdienst fanden Schulfeiern statt, bei denen die Schuljugend Proteste gegen die Abtrennung des Chełmer Landes unterschrieb. Den Text der Proteste haben die Schüler der höheren Klassen als Hausaufsatz ausgearbeitet. Einige derselben lassen wir hier folgen:

„Wir, polnische Kinder in Tarnawatka, Kreis Tomaszow, wollen hier keine Ukraina, wir lassen unsere polnischen Schulen nicht schließen und werden uns nach Kräften bemühen, sie nicht zu verlieren. Sollte es dazu kommen, daß man uns schlagen sollte, so werden wir doch nicht aufhören, polnisch zu lernen, denn wir lieben unsere Mittersprache. Wir sind polnische Kinder, lieben unser armes Vaterland; die Fremden sollen aufhören, uns zu regieren, sie haben uns durch so viele Jahre genug Unrecht zugefügt. Wir wollen keine vierte Teilung Polens! Wir wollen ein freies Polen!“ (Es folgen Unterschriften.)

„Wir Polen und Polinnen, Schüler und Schülerinnen der polnischen Schule in Krzywostok, Kreis Tomaszow, sind polnisch von unseren Vätern, Großvätern und Ahnen her; wir protestieren aus tiefstem Herzen gegen die Abtrennung des Chełmer Landes und gegen seine Angliederung an die Ukraina, denn es ist dies unser polnisches Land, das mit dem Blut und den Tränen unserer Vorfahren gedüngst ist. Wir er-

klären gleichzeitig, daß wir hier alle in unserem Dorfe mit unseren Familien echt polnisch sind, wir lieben unser Land von ganzer Seele, ganzem Herzen, mit jedem Blutstropfen, und wir werden es, so Gott will, tapfer verteidigen, wenn wir erwachsen sein werden.“ (Unterschriften.)

In Chełm steht an der Spitze des polnischen Schulwesens die polnische Mittelschule, gegründet und unterhalten durch die Opferwilligkeit der dortigen Gesellschaft. Die Schule zählt jetzt 6 Klassen, die Zahl der Schüler beträgt etwa 300. Weiter bestehen und wirken zwei polnische Volksschulen, die zusammen ca. 500 Schüler zählen. Die jüdischen Schulen werden von etwa 200 Schülern besucht. Die Stadt Chełm steuerte im letzten Jahre 10000 Kronen zum Unterhalt des Schulwesens bei. Die Schulen werden unterstützt durch die vom Polnischen Schulverein unterhaltenen Bibliotheken, Kinderasyle und Wanderbibliotheken. Außerdem wirken: die Volksuniversität, die Gesellschaft der Freunde der lernenden Jugend und die Selbsthilfe für die Mittelschulen. Der Chełmer Liebhaberverein für Theaterkunst gibt alljährlich einige Vorstellungen für Kinder. Auch die Chełmer Wohltätige Gesellschaft, die eine Volksküche, ein Asyl und ein Invaliden- und Krüppelhaus unterhält, trägt zu der aufklärenden Arbeit wesentlich bei.

In Zamość schlägt das polnische kulturelle Leben besonders lebhaft. Der dortige Polnische Schulverein zählt 108 Mitglieder, die Einnahmen betrugen im vergangenen Jahre 6065 Kronen, die Ausgaben 4263 Kronen. Der Schulverein hat im vergangenen Jahre 45 Vorträge veranstaltet, die von 2408 Personen besucht wurden. Der Verein besitzt ein Volkshaus, wo Kongresse, Versammlungen, Volkskurse und dergleichen abgehalten werden. Zuletzt wurden dort veranstaltet: ein mehrmonatiger landwirtschaftlicher Kursus für Bauernknaben, ein mehrwöchiger Kursus für Handwerker, eine Reihe allgemein bildender Volksvorlesungen und ein systematischer Kursus für polnische Literatur.

Ein wichtiger Mittelpunkt der kulturellen Arbeit ist in Zamość die polnische Lehrerschaft, die in der Zamośćer Vereinigung der Polnischen Lehrer vereinigt ist. Die Vereini-

gung führt jetzt einen Vorbereitungskursus für den Seminarunterricht, besitzt eine Bibliothek und eine Zeitungslesehalle, veranstaltet ständige Konferenzen in Schulangelegenheiten und sorgt für die Schuljugend. Regen Anteil an dieser Arbeit nimmt die dortige Bauernschaft, die in einem Netz von landwirtschaftlichen Vereinen organisiert ist, landwirtschaftliche Kurse veranstaltet und eine landwirtschaftliche Schule in Radecznicza zu eröffnen beabsichtigt. Eine Reihe von Jugendvereinen unter der Bauernbevölkerung der Umgegend ist in der letzten Zeit gegründet worden.

NOTIZEN.

Politisches.

Das Programm des Herrn Steczkowski. Die Warschauer Zeitungen berichten, daß der Finanzminister im Kabinett Kucharzewski, Herr Steczkowski, vom Regentschaftsrat mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut wurde. Herr Steczkowski hat bereits mit den Regierungskreisen in Berlin und Wien Fühlung genommen und verhandelt gegenwärtig mit den politischen Parteien.

Aus der Konferenz Steczkowskis mit dem Interparteilichen Klub teilt die „Gazeta Poranna“ mit, daß das von Steczkowski vorgetragene Programm gemäßigt und aktivistisch mit ausgesprochen praktischem Charakter sei und sich nur auf die inneren Angelegenheiten und den Aufbau des polnischen Staates beziehe.

Steczkowski geht von der Voraussetzung aus, sagt das Blatt, daß Polen nicht von den Zentralmächten getrennt bestehen könne und sich auf sie stützen müsse. In seinem Streben nach Uebernahme der Landesverwaltung sieht Steczkowski es für notwendig an, diejenigen Gebiete des Staatslebens sofort zu übernehmen, welche keine Exekutivgewalt erfordern. Die Uebernahme der politischen Verwaltung und des Finanzwesens hält er für möglich, wenn er genügend vorbereitete Beamte haben werde. Aus der Konferenz in Berlin hat er den Eindruck gewonnen, daß diese Frage günstig gelöst werden wird.

In der Heeresfrage erklärte sich Steczkowski für eine möglichst schnelle Bildung des Heeres, wobei er grundsätzlich den Entwurf des Generals Barth annimmt. Für die Kriegszeit würde Generalgouverneur v. Beseler das Oberkommando über das polnische Heer führen, während die übrigen leitenden Stellungen von Polen besetzt würden. Die Eidesformel wäre dieselbe, welche vorher beim polnischen Hilfskorps gebräuchlich war.

Die Chełmer Frage dürfte nach den Informationen Steczkowskis

eine Revision erfahren, doch hängt die Hauptentscheidung von der österreichischen Regierung ab.

In der Organisation der Heimkehr der Flüchtlinge aus Rußland hofft Steczkowski Transporterleichterungen sowie finanzielle Unterstützung zu erhalten. Zur endgültigen Liquidierung der Frage des polnischen Hilfskorps, welche eine der Sorgen Steczkowskis bildet, leitete er bereits entsprechende Schritte ein.

Aus den Konferenzen, welche Steczkowski im Auftrage des Regentschaftsrates in Berlin mit Reichskanzler Graf Hertling usw. hatte, gewann er einen günstigen Eindruck. Der Reichskanzler erklärte ihm, daß die Frage der Grenzen Polens noch nicht entschieden sei. Verhandlungen mit Oesterreich in dieser Sache würden geführt, seien aber noch nicht abgeschlossen.

* * *

Von der Deutsch-Litauischen Gesellschaft. Der Ausschuss für Staats- und Verwaltungsangelegenheiten der Deutsch-Litauischen Gesellschaft hielt heute im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab. Es wurde ein engerer Ausschuß gewählt, der, sobald die Verhältnisse sich geklärt haben und der litauische Staat ins Leben getreten ist, letzterem beim Beginn seines Aufbaus behilflich sein wird. Die Zusammensetzung des Landesrates wurde von einigen Seiten bemängelt, da derselbe nur aus Litauern bestehe, während die Minoritäten — Polen, Juden, Weißruthenen, Deutsche — keine Vertretung erhalten hätten. In schärfster Weise wandte sich die Versammlung einheitlich gegen eine gewisse Presse, welche das litauische Volk in letzter Zeit auf das schwerste verletzt hat, indem sie von Germanisierung, gewaltsamer Kolonisierung, Unterdrückung der litauischen Sprache und dergl. spricht und den litauischen Staat herabzusetzen sucht.

Es ist sonderbar, daß die Deutsch-Litauische Gesellschaft erst jetzt die Entdeckung macht, daß der Landesrat nicht eine Landesvertretung darstellt. Und bezüglich der „gewissen Presse“ muß gefragt werden: waren es nicht manche litauische Agitatoren, die seit längerer Zeit gerade mit dieser Presse liebäugelten und sich ihrer speziell gegen Polen bedienten? Jetzt beklagt sich der arme George Daudin.

* * *

Der Auslandskredit des Königreichs Polen. Das Institut „Intermediaire“ im Haag hat eine Rundfrage veranstaltet zu dem Thema, welche Aussichten der ausländische Kredit des Königreichs Polen nach Beendigung des Krieges haben werde. Außerdem war die Frage gestellt, ob Holland Polen einen solchen Kredit erteilen könne. Aus den eingegangenen Antworten der holländischen Bankdirektoren geht hervor, daß Holland selbst große Kapitalien für seine eigenen nationalen Bedürfnisse und für den Bedarf seiner

Kolonien gebrauchen werde. Dessenungeachtet hat sich aber in Holland so viel Geld angesammelt, daß dasselbe trotzdem nach dem Ausland werde exportiert werden können. Was Polen anbetrifft, so drängen sich verschiedene Erwägungen auf. Vor allem handelt es sich darum, ob Polen nicht gewisse Schwierigkeiten bereitet werden von seiten eines dritten Staates, d. i. ob Polen ganz selbständig sein wird. Ferner müßten auch die Frachtentarife für die polnische Industrie und die polnische Landwirtschaft berücksichtigt werden. Die polnische Industrie verfügt zwar über billige Arbeitskräfte, aber sie wird die Rohstoffe teuer bezahlen müssen. Sie muß daher billige Eisenbahntarife erhalten, wenn sie konkurrenzfähig sein soll. Auch für den landwirtschaftlichen Kredit sind diese Eisenbahntarife sehr wichtig; sie müßten billiger sein, wie vor dem Kriege, als der Handel mit Polen abhängig war von der Tarifpolitik Rußlands, Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, die Polen gar keine Erleichterungen gewährt haben.

* * *

Die Anerkennung des Polnischen Komitees durch Amerika. Die Zeitung „Free Poland" in Chicago veröffentlicht in der Nummer vom 16. Dezember 1917 folgenden Brief Lansings an Paderewski: „In der Annahme, daß Sie die Anerkennung des Nationalen Polnischen Komitees durch die Regierung der Vereinigten Staaten als offizielle Organisation zur Kenntnis der Oeffentlichkeit bringen wollen, teile ich Ihnen höflichst mit, daß der amerikanische Botschafter in Paris am 19. kOtober d. J. das Gesuch des Herrn Dmowski, des Präsidenten des genannten Komitees, um Anerkennung des genannten Komitees als offizielle polnische Vertretung, nach hierher gesandt hat. Am 10. November d. J. hatte ich die Ehre, dem amerikanischen Botschafter in Paris die Mitteilung zu übermitteln, daß die Regierung der Vereinigten Staaten diesem Gesuch entsprochen hat."

* * *

Diplomatische und Konsularstudien in Warschau. Ein akademischer Jahreskursus für diplomatische und Konsularwissenschaft ist schon im vergangenen Jahre durch die Anstalt für Nationalökonomie und Handelswissenschaften organisiert worden, und zwar im Einverständnis mit dem Departement für politische Angelegenheiten; dieser Kursus soll in diesem Jahre wiederholt werden. Die Vorlesungen beginnen im nächsten Monat und werden drei Semester umfassen.

* * *

Das Programm Dr. Paul Rohrbachs. In seiner Zeitschrift „Deutsche Politik" stellt Dr. Rohrbach ein Programm auf, das sich dahin kennzeichnet: 1. daß eine erhebliche Ausdehnung Litauens, so daß der litauische Staat sowohl Wilno als auch Grodno und außerdem

erhebliche weißruthenische Gebiete umfaßte, ein Fehler wäre; 2. daß die Möglichkeit, Polen größere nationale Entschädigungen in Weißrußland zu geben, vorläufig noch offen bleiben sollte; 3. daß wirkliche Annexionen polnischen Landes an Preußen-Deutschland mit der größten Bestimmtheit, weil unnötig und gefährlich, abzulehnen sind; 4. daß trotz der polnischen Leidenschaftlichkeit in unserer inneren Politik nicht von neuem ein hakatistischer Polenkurs eingeschlagen werden darf; 5. endlich, daß anständigerweise von einer Wegnahme des polnischen Kohlenbeckens von Dombrowa nicht gesprochen werden sollte.

Wirtschaftliches.

Die Verstaatlichung der polnischen Mittelschulen. Während der russischen Herrschaft konnten im Königreich Polen nur private polnische Schulen bestehen, und diese haben sich auch noch bis heute erhalten; alle öffentlichen Schulen waren russisch. Das polnische Ministerium für Kultus und Unterrichtswesen beabsichtigt jetzt neue öffentliche Musterschulen zu errichten, andererseits will es aber auch diejenigen privaten Schulen, die den Anforderungen einer verständigen Pädagogik genügen, und die den Gesundheitsvorschriften entsprechen, verstaatlichen. Es kommen also nur solche Schulen in Frage, die auf einem gewissen Niveau stehen und ein qualifiziertes Schulpersonal haben.

Die von dem Ministerium neu zu errichtenden Schulen erhalten zunächst eine Vorbereitungs-, eine erste und zweite Klasse; später sollen jedes Jahr weitere Klassen hinzugefügt werden.

*

Polnische Beamtenkurse. Am 11. März des J. fand in Lublin die Eröffnung des zweiten Kurses für die zukünftigen polnischen Beamten statt. Die Kurse sollen bis zum 15. Juni dauern und umfassen folgende Unterrichtsgegenstände: Staatsrecht, die Verfassung Polens vor den Teilungen, das Verwaltungswesen in Polen von 1807 bis 1867, die drei polnischen Konstitutionen, Verwaltungsrecht, Zivilrecht, Handelsrecht, Strafrecht, Polizeiwesen, Finanzwesen, wirtschaftliche Geographie der polnischen Länder, Nationalökonomie, Grundsätze und Organisation der Selbstverwaltung im Königreich Polen, Verwaltungs- und Finanzwesen der Selbstverwaltungskörperschaften, Steuerwesen, Genossenschaftswesen, Gesundheitswesen, Bauwesen und dergl.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: F. Zalachowski, Charlottenburg.
Druck: Otto Dreyer, Berlin W 57, Kurfürstenstrasse 19.

Anton Choloniewski.

Geist der Geschichte Polens

Ein Jahrtausend der Geschichte. Idee des gemeinschaftlichen Lebens. Das Volk und der König. Der polnische Adel. Unionsbildungen. Freiheiten einer Volksklasse. Religiöse Toleranz. Recht und Leben. Polnische Kriege. Im Dienste der Freiheit. Dem europäischen Festlande vorausgeeilt. Der Untergang des polnischen Staates. Geist der Geschichte Polens und die Gegenwart.

Preis 2 Mark.

KRAKAU

BUCHDRUCKEREI DES „GŁOS NARODU“ 1917

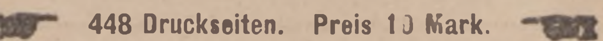
Bestellungen werden von sämtlichen Buchhandlungen entgegengenommen.

Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilung (1795-1914)

von

W. FELDMAN.

Inhaltsverzeichnis:



Bestellungen werden vom Verlage **R. Oldenbourg**, München, Glückstr, und von sämtlichen Buchhandlungen entgegengenommen.

Central-Verlags-Bureau des Oberst. Poln. Nationalkomitees

Krakau (Galizien), Gołębiagasse 20 (Erdgeschoss)

empfiehlt seine deutschen Ausgaben und zwar:

	Kr.
Balzer, Dr. Oswald: **Aus Problemen der Verfassungsgeschichte Polens**	3.50
Bataglia, Roger Baron: **Ein Zoll- und Wirtschaftsbündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland**	28.80
Die Bedeutung Polens für Russland	4.—
Feldstein: **Polen und Juden**	2.—
— **Vermögens- und Zahlungsbilanz Galiziens**	2.—
Halecki, Oskar Prof. Dr.: **Das Nationalitätenproblem im alten Polen**	3.50
Leonhardt, Stanislaw Prof.: **Neue Polenlieder** . .	—.90
— **Polenlieder deutscher Dichter I.**	4.—
— **Polenlieder deutscher Dichter II.**	7.—
Przybyszewski, Stanisław: **Polen und der heilige Krieg**	2.—
Smolka, Stanisław Prof. Dr.: **Die reussische Welt** . .	12.—
Sokołowski, A. Prof. Dr.: **Geschichte Polens** . . .	2.—
Straszewski, Maurycy Prof. Dr.: **Die polnische Frage**	1.50
Szerer, Mieczysław: **Studien zur Bevölkerungslehre Polens**	—.60
Wasilewski, Leon: **Die Judenfrage in Kongresspolen**.	—.60
— **Die nationalen und kulturellen Verhältnisse im sogenannten Westrussland**	—.60
— **Die Ostprovinzen des alten Polenreiches**	16.—
Weissstein, Michael Dr.: **Kriegsschäden, deren Begriff und Vergütung**	1.50
Zuckerkandl, N.: **Die Malkunst Polens**	2.—

Erhältlich direkt im Bureau, sowie allen Buchhandlungen des In- und Auslandes. Bei grösseren Abnahmen entspr. Rabatt gegen Nachfrage. Das Bureau empfiehlt auch **Ansichtspostkarten aus dem Leben der polnischen Legionen 1914–1917** in reichlichster Auswahl, sowie **Abzeichen, Bilderreproduktionen** in künstlerischer Ausführung. Kataloge gratis auf Wunsch. — Das Bureau verfügt über mehr als 6000 photographische Klischees und liefert Abzüge à K. 1 per Stück, sowie Vergrösserungen im Preise von K. 7 bis 30 je nach Grösse und Ausführung. — Diese interessanten Aufnahmen direkt vom Felde erfreuen sich grosser Nachfrage.